Berichtswesen der Stadt Brunsbüttel II. Quartal 2022 Gesamtbericht öffentlich

Inhaltsverzeichnis

1.	Hau	shalts- und Finanzbericht	2
	1.1	Haushaltsdaten	2
	1.2	Kennzahlen	2
	1.3	Entwicklungen	2
	1.4	Entwicklung der Fachbereichsbudgets	3
	1.5	Stand der Investitionsbudgets	3
	1.6	Liquiditätsentwicklung	4
	1.7	Anlagenportfolio	4
	1.8	Kreditportfolio	5
	1.9	Zusammenfassung	5
2.	Sozi	aldaten bericht	7
	2.1	Entwicklung der Sozialstaffel- und BuT-Fälle	7
	2.2	Entwicklung der Wohngeld- und Asylbewerberfallzahlen	8
3. Be		cht der Gleichstellungsbeauftragten über Maßnahmen, Veranstaltungen etc. zum 30.06. un ber den Stand der Umsetzung der Maßnahmen aus dem Frauenförderplan alle 2 Jahre	
4.	Beri	cht über städtebauliche Konzepte/Stadtsanierungskonzepte	0
	4.1	Städtebauliche Konzepte (bis 30.06. des Jahres)	0
	4.1.	1 Umsetzung der Städtebauförderung 06/2021 1	2
	4.1.2 Zus <i>a</i>	2 Beamtenviertel und angrenzende Straßen im Städtebauförderungsprogramm Sozialer immenhalt:	
	4.1.3	Brunsbüttel-Ort im Städtebauförderungsprogramm Städtebaulicher Denkmalschutz 1	5
5. Pi		cht über die Ausführung der Beschlüsse der Ratsversammlung und der Ausschüsse über das m Allris	
	5.1	Öffentliche Berichte	7
6.	Pers	onalbericht	8
	6.1	Entwicklung Zahlen der Mitarbeiter*innen	8
	6.2	Entwicklung der Personal- und Personalnebenkosten	9
	6.3	Entwicklung der Kosten für die Leistungsorientierte Bezahlung (LOB)	9
	6.4	Daten Ausbildung und Praktika	0
	6.5	Arbeitssicherheit	1
	6.6	Ausblick3	1
	6.7	Entwicklung der Fehlzeiten, Überstunden, Zahl der Mitarbeiter/innen, Ein- und Austritte 3	2

1. Haushalts- und Finanzbericht

Lagebericht II. Quartal 2022

1.1 Haushaltsdaten

Haushaltsdaten	Plan	Prognose	Veränderung Plan/Prognose
Erträge (Gesamt ohne iLV)	48.921.100,00€	52.921.100,00€	4.000.000,00€
Aufwendungen (Gesamt ohne iLV)	59.584.300,00€	59.864.300,00€	280.000,00€
nachrichtlich davon Personalaufwendungen	15.389.200,00€	15.389.200,00€	- €
nachrichtlich davon Zinsaufwendungen	559.700,00€	559.700,00€	- €
Jahresergebnis	- 10.663.200,00€	- 6.943.200,00€	3.720.000,00€

1.2 Kennzahlen

Kennzahlen	Plan	Prognose	Veränderung Plan/Prognos
Aufwandsdeckungsrad (Zielwert 100)	82,10%	88,40%	6,30%
Personalintensität (Personalaufwendungen/ Gesamtaufwendungen)	25,83%	25,71%	-0,12%
Zinslastquote (Zinsaufwendungen/ Gesamtaufwendungen)	0,94%	0,93%	0,00%
Jahresergebnis je Einwohner	- 835,41€	- 543,97€	291,44€
Einwohnerzahl am Jahresanfang	12.764	12.764	0

1.3 Entwicklungen

Positive

Mehrerträge im Bereich Gewerbesteuer

Negative

O Mehrbelastungen bei den Aufwendungen und Investitionen durch erhöhte Bezugs- und Finanzierungskosten aufgrund der

- Preissteigerung im Zusammenhand mit dem Krieg in der Ukraine zeichnen sich ab. Im Jahresfortschritt bleibt dies besonders zu beobachten.
- O Aufgrund der allgemeinen Preissteigerungen ist davon auszugehen, dass Verbraucher das Nachfrageverhalten zu Gunsten von Gütern des täglichen Bedarfs ändern. Dadurch ist mit geringeren Erträgen im Bereich Schwimmbad, Elbeforum, Stadtbücherei, freiwillige Betreuungsleistungen u.a. zu rechnen. Da nur bedingt bei den Aufwendungen nachgesteuert werden kann, besteht die Gefahr der Verschlechterung der Teilergebnisse.
- O Insbesondere die Preissteigerungen bei den Energiekosten belasten die Unternehmen am Standort. Sinkende Gewerbesteuern aufgrund sinkender Unternehmensergebnisse sind zu befürchten.
- O Unmittelbare Mehrbelastungen für die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen im Zusammenhang mit dem Krieg gegen die Ukraine. Hierfür ist eine besondere Mittelbereitstellung gem. Beschluss der Ratsversammlung vom 30.03.2022 erfolgt.
- O Steigende Kreditzinsen

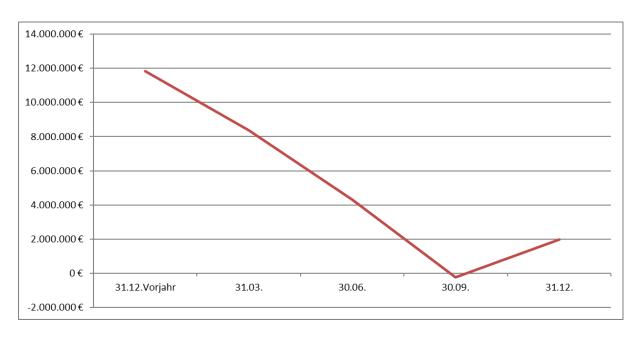
1.4 Entwicklung der Fachbereichsbudgets

Beschreibung -	Fachbereich 1 Zentrale Aufgaben und Verwaltungssteuerun	Fachbereich 2 Bürgerdienste und Sicherheit	Fachbereich 3 Bauamt	Stabsstelle 1 Finanzen	Stabstelle 2 Stadtmanagement
Plan	-16.152.600,00€	-767.000,00€	-5.239.900,00€	15.132.400,00€	-252.700,00€
Prognose	-16.152.600,00€	-1.047.000,00€	-5.239.900,00€	19.132.400,00€	-252.700,00€
Abweichung	0,00€	-280.000,00€	0,00€	4.000.000,00€	0,00€

1.5 Stand der Investitionsbudgets

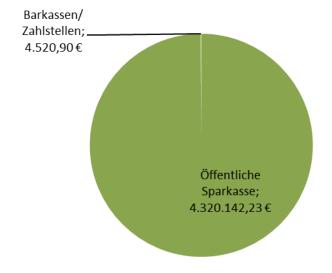
Investitionen in den Verwaltungseinheiten	Aktuelle Gesamtbudget Mittel (incl. Budgetverschiebungen)	Budget verfügt
Fachbereich I	-416.100,00	-105.990,76€
Fachbereich II	-277.900,00	-299.709,17€
Fachbereich III	-10.380.900,00	-5.831.787,65€
Stabsstelle 1	11.479.700,00	-2.065.644,74€
Stabsstelle 2	-11.600,00	0,00€
Stand der nicht verausgabte	en Ermächtigungen aus Vorjahr/en	2.579.384,68€

1.6 Liquiditätsentwicklung



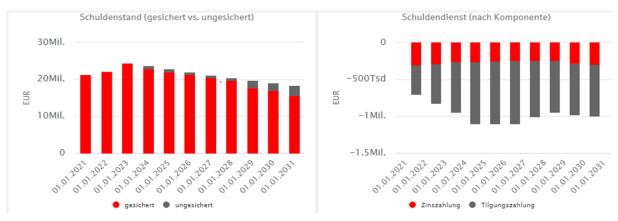
1.7 Anlagenportfolio

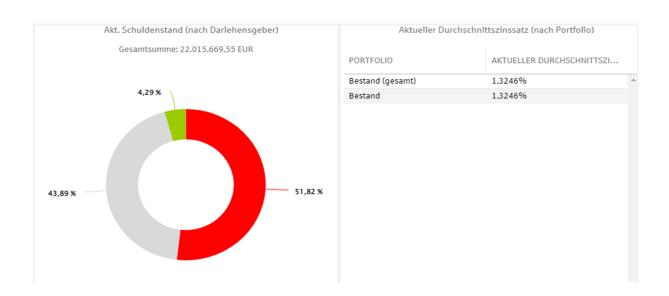
Institut	Betrag 🔻	Quote 🔻
Öffentliche Sparkasse	4.320.142,23€	99,9%
Barkassen/ Zahlstellen	4.520,90€	0,1%
Gesamt	4.324.663,13€	100,0%



1.8 Kreditportfolio







1.9 Zusammenfassung

- Die Haushaltsausführung ist aufgrund des Krieges in der Ukraine bereits jetzt gekennzeichnet von Abweichungen (s. Seite 5), die zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch im Rahmen des Gesamtergebnisses kompensiert werden können. Die weitere Entwicklung bleibt jedoch kritisch zu beobachten.
- Mehrerträge im Bereich der Gewerbesteuer lassen zwar ein verbessertes Ergebnis gegenüber der Planung erwarten, die Stadt ist aus eigener Kraft aber nicht in der Lage, den Haushaltsausleich sicher zu stellen.

- ➤ Der Investitionsumfang im Haushaltsjahr und in der mittelfristigen Finanzplanung ist erheblich. Von einer Kreditfinanzierung ist weiter plangemäß auszugehen. Der Erfolgsplan ist die Grundlage für die Finanzierung. Aufgrund der defizitären Planung im Erfolgsplan ist die Stadt finanziell nicht leistungsfähig. Die Finanzierbarkeit des städtischen Haushalts ist damit schon jetzt nicht gegeben. Steigende Kreditzinsen verschärfen das Problem. Konsolidierungsmaßnahmen die zu einem regelmäßig ausgeglichenen Haushalt führen, sind damit erforderlich.
 - Die Einhaltung des Eckwertebeschlusses (Fortsetzung/Umsetzung von Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen und Beitrag der Fachausschüsse zur Haushaltskonsolidierung) ist absolut zwingend. Erträge müssen im auskömmlichen Rahmen erhoben bzw. darauf angepasst werden. Verzicht auf Aufgaben.
 - Kreditaufnahmen für Investitionen erforderlich, nur damit ist die ausreichende Liquidität zu gewährleisten.
 - Der vierteljährliche Budgetbericht zu den einzelnen Produkten wird wie gewohnt im Rahmen der laufenden Info-Vorlagen übersandt.

2. Sozialdatenbericht

2.1 Entwicklung der Sozialstaffel- und BuT-Fälle

2022)

Entwicklung der Sozialstaffel- und Bildung und Teilhabe (BuT) -Fälle (2. Quartal

FD12/111.12-09.04 Stand: 30.06.2022

Einrichtung	Anzahl betreuter	Sozialstaffel -	Anteil Sozialstaffel	Anzahl Teilnahme	BuT-	Anteil BuT
Emiliantiang	Kinder	Fälle insg.	in %	Mittagessen	Fälle insg.	in %
Kita Kleiner Anker	36	16	44	0	0	0
Kita Löwenzahn	57	5	9	27	2	7
Kita Schatzkiste	104	52	50	86	27	31
städtische Kitas insg.	197	73	37	113	29	26
Kita Jakobus	35	8	23	35	5	14
Kita Paulus Süd	35	24	69	17	8	47
Kita Paulus-Nord	67	26	39	45	12	27
Kita Noahs Arche	120	41	34	120	32	27
kirchliche Kitas insg.	257	99	39	217	57	26
Kitas insg.	454	172	38	330	86	52
OGT Boy-Lornsen- Grundschule	131	87	66	110	77	70
OGT Grundschule West	57	27	47	53	25	47
OGT Schulart- übergreifender Ganztag *	96	67	70	96	59	61
OGT insg.	284	181	64	259	161	62
Gesamt	738	353	48	589	247	42

^{*} Flexible Teilnahme durch die KeyFobs möglich.

2.2 Entwicklung der Wohngeld- und Asylbewerberfallzahlen

Bericht FB 2 – FD 22 Asylbewerberleistungen und Wohngeld

Entwicklung Asylbewerberleistungen 01.01. – 30.06.2022

Die Fälle für Asylbewerberleistungen sind seit 2021 um 50 Fälle mehr gestiegen. Wobei es auch mehr Fälle gewesen sein können, da Abgänge wieder abgezogen sind. Zu den tabellarisch aufgeführten Fällen kommen noch die Flüchtlinge aus der Ukraine mit 293 Personen, die nicht in die Fallzahlen einfließen sollten und über den Kreis Dithmarschen beim Land extra mit Integrationspauschalen abgerechnet werden. Für diese Flüchtlinge musste auch vermehrt Wohnraum beschafft werden. Wöchentlich kommen immer noch Personen aus der Ukraine hier angebrochenen dazu, die von im Monat mit Geldleistungen, Wohnungsausstattung und Unterkunft versorgt werden müssen. Der Gesetzgeber hat beschlossen, dass die Jobcentren erst zum 1. des Folgemonats zuständig sind. Durch den ersten großen Ansturm blieben andere Arbeiten im Asylbereich liegen, die jetzt aufgearbeitet werden. Im Juni mussten die Kinderzuschläge § 16 AsylbLG und die COVID-Einmalzahlungen § 17 AsylbLG für die Auszahlung Juli 2022 noch extra bearbeitet werden.

Gesamtzahl Fälle Stand 30.06.2022	Stadt Brunsbüttel	Amt Marne- Nordsee	Amt Burg-St. Michaelisdonn
Stalia 30.00.2022	Diulisbuttei	Norusee	Michaelisuolili
174	57	58	59
Personen			
269	79	91	99
	wohnhaft	wohnhaft	wohnhaft
	219	39	11

Entwicklung Wohngeld 01.01. - 30.06.2022

Die Anzahl der Wohngeldanträge ist ähnlich wie im Vorjahr. Der gesetzlich beschlossene CO²- Zuschlag (Heizkostenpauschale) ist für den Herbst 2022 als Einmalzahlung im Wohngeld vorgesehen und wird gerade vorbereitet. Weiterhin aibt es Herbst auch noch die Einpflegung der Erhöhuna Werbungskostenpauschale (erhöhter Steuerfreibetrag). Die erhöhten Werbungskosten sind auch bei der Berechnung und Ausstellung von neuen Wohnberechtigungsscheinen nach § 8 WoGG zu beachten. Die Neuaufstellung Innenministerium verlangten Wohnungskatasters hat in vorgegebenen Zeit bis Ende 2021 gut funktioniert und wird jetzt laufend gepflegt.

Durch die Flüchtlingswelle aus der Ukraine sind auch im Wohngeldbereich viele Arbeiten, wie Statistiken, Wohngeldanträge etc. etwas verspätet verarbeitet worden, weil die Kollegen*innen Asylbewerberleistungen und Wohngeld bearbeiten.

Wohngeldfälle Stand	Neue Erstanträge	Wohnberechtigungsscheine	
30.06.2021	30.06.2021	§ 8 WoGG	
140	25	43	

3. Bericht der Gleichstellungsbeauftragten über Maßnahmen, Veranstaltungen etc. zum 30.06. und Bericht über den Stand der Umsetzung der Maßnahmen aus dem Frauenförderplan alle 2 Jahre

Dieser Bericht wird nachgereicht.

4. Bericht über städtebauliche Konzepte/Stadtsanierungskonzepte

4.1 Städtebauliche Konzepte (bis 30.06. des Jahres)

Konzept	Datum	Link
Energetisches Sanierungskonzept für das Quartier Koogstraße/ Beamtenviertel	24.01.2018	https://www.brunsbuettel.de/Bauen Wirtschaft/Bauen/Energetische Stadtsanierun g /Quartierskonzept/
Rahmenplan zur Entwicklung der Oberen Koogstraße/ Brunsbütteler Straße	25.11.2015	https://www.brunsbuettel.de/Bauen Wirtschaft/Bauen/Entwicklung Obere Koogstraße Brunsbütteler Straße/
Integriertes Stadtentwicklungskonzept ISEK	04.06.2012	https://www.brunsbuettel.de/Bauen Wirtschaft/Bauen/Integriertes Stadtentwicklungskonzept ISEK/
Wohnungsmarktkonzept	Januar 2012	https://www.brunsbuettel.de/Bauen Wirtschaft/Bauen/Integriertes Stadtentwicklungskonzept ISEK/Wohnungsmarktkonzept/
Einzelhandelsuntersuchung	2010	https://www.brunsbuettel.de/Bauen Wirtschaft/Bauen/Integriertes Stadtentwicklungskonzept ISEK/Einzelhandelsuntersuchung/
Bauflächenkataster	Sept. 2019	https://www.brunsbuettel.de/Bauen Wirtschaft/Bauen/Integriertes Stadtentwicklungskonzept ISEK/Bauflächenkataster/
Lärmaktionsplan	2012/2013 2017/2018	https://www.brunsbuettel.de/Bauen Wirtschaft/Bauen/Lärmaktionsplan/
Lärmkontingentierung Südseite	24.03.2016	https://www.brunsbuettel.de/Bauen Wirtschaft/Bauen/St%C3%A4dtebauliche Rahmenplanungen/L%C3%A4rmkontingentierung f%C3%BCr Industrieansiedlung auf der S%C3%BCdseite
Rahmenplan "Alter Hafen"	April 2018	https://www.brunsbuettel.de/Bauen Wirtschaft/Bauen/Stadtplanung Bürgerbeteilig ung/Alter Hafen Städtebaulicher Rahmenplan/
Städtebauliches Konzept	Mai 2020	https://www.brunsbuettel.de/Bauen Wirtschaft/Bauen/Stadtplanung Bürgerbeteilig

Störfallbetriebe	in		ung/Störfallbetriebsbereiche in Brunsbüttel/
Brunsbüttel			
Informelles Rahmenkonz	zept	22.09.2021	https://www.brunsbuettel.de/Bauen Wirtschaft/Bauen/St%C3%A4dtebauliche Rah
über Potenzialflächen	für		menplanungen/Photovoltaik Freifl%C3%A4chenanlagen Rahmenkonzept
Photovoltaik-/Solarenerg	jie-		
Freiflächenanlagen			
Städtebauförderung			https://www.brunsbuettel.de/Bauen Wirtschaft/Bauen/Städtebauförderung/Beamte
"Beamtenviertel	und		<u>nviertel/</u>
angrenzende Straßen"			
Endbericht		17.07.2017	
Satzung		30.05.2018	
Städtebauförderung			https://www.brunsbuettel.de/Bauen Wirtschaft/Bauen/St%C3%A4dtebauf%C3%B
"Brunsbüttel-Ort"			6rderung/Brunsb%C3%BCttel Ort
"Bransbatter Ore			order drig/ brainsb /ves /vbetter ore
Endbericht		Jan. 2019	
Satzung		26.05.2021	
Suczung		20.03.2021	
Erhaltungs-	und		https://www.brunsbuettel.de/Bauen_Wirtschaft/Bauen/Erhaltungs_und_Gestaltung
Gestaltungssatzungen			ssatzungen/
Bauleitpläne:			https://www.brunsbuettel.de/Bauen Wirtschaft/Bauen/Bauleitpläne/
Flächennutzungspläne			
Bebauungspläne			
Landschaftsplan			

4.1.1 Umsetzung der Städtebauförderung 06/2021

4.1.2 Beamtenviertel und angrenzende Straßen im Städtebauförderungsprogramm Sozialer Zusammenhalt:

Der Sanierungsträger, die GOS mbH aus Kiel, ist seit Januar 2020 beauftragt.

Bericht über die Maßnahmen der Vorbereitung und über die räumliche Abgrenzung der städtebaulichen Gesamtmaßnahme:

Mit Schreiben vom 02.08.2018 hat das Ministerium für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung SH (MILIG) die städtebauliche Planung ("Vorbereitende Untersuchungen mit Integriertem Entwicklungskonzept – VU/IEK) als wesentliche Grundlage für die Entscheidung über den Einsatz von Städtebauförderungsmitteln gemäß A 5.6.1 Abs. 2 StBauFR SH 2015 anerkannt. Die Zustimmung zur räumlichen Abgrenzung nach A 2.2 StBauFR SH 2015 liegt seit 06.08.2018 vor.

Gestaltungskonzept für den öffentlichen Raum

Das Gestaltungskonzept für den öffentlichen Raum wurde am 18.08.2020 im Bauausschuss beschlossen. Die Zustimmung für das Konzept aus dem MILIG wurde am 19.03.2021 erteilt. Als erste Maßnahmen wurden die Scholerstraße, die Delbrückstraße und der Marktplatz definiert.

B-Plan WSA Villa

Auf Basis des Ende 2020 beschlossenen Bebauungsplans Nr. 73a wurden die Planungen durch die Eigentümerin fortgeführt. Die Baugenehmigung für den Pavillon, welcher in Zukunft gastronomisch genutzt werden soll - wurde Ende 2021 erteilt. Der Baubeginn ist inzwischen erfolgt.

Weiterentwicklung Gestaltungsanleitung zu Gestaltungshandbuch

Zur Erarbeitung des Gestaltungshandbuches als übergreifender Handlungsrahmen für die weitere Vorbereitung und Durchführung der städtebaulichen Sanierungsmaßnahme wurde 2020 das Hamburger Planungsbüro A+S beauftragt.

Es soll die bestehende Gestaltungsanleitung für das Gebiet der Erhaltungssatzung fortgeschrieben und zu einem Gestaltungshandbuch für das gesamte Sanierungsgebiet weiterentwickelt werden. Das Gestaltungshandbuch soll ein bedeutendes Steuerungsinstrument für den Erhalt und die Weiterentwicklung eines harmonischen, qualitätsvollen und historischen Orts- und Straßenbildes im Sanierungsgebiet sein. Es bildet zudem eine wichtige Grundlage bei der Entscheidung über eine Förderfähigkeit von Sanierungsmaßnahmen an den Gebäuden.

Nach einer umfangreichen Bestandsaufnahme der unterschiedlichen Haustypen, der Nebengebäude und Freiflächen der unterschiedlichen Bereiche des Sanierungsgebietes wurden die Zielsetzungen für die zukünftige Entwicklung im Gebiet formuliert. Um diese zu erreichen und der historischen Bedeutung des Beamtenviertels und der angrenzenden Straßenzüge gerecht zu werden, wurden

Festsetzungen und Empfehlungen für die unterschiedlichen charakteristischen Gebäudeteile (u.a. Dachformen, Farbgebung, Fenster, Türen), Nebengebäude und Freiflächen formuliert. Diese wurden in mehreren Runden und Rundgängen mit der Stadt, der unteren und oberen Denkmalschutzbehörde sowie der Sanierungsträgerin abgestimmt. Nach einer ersten Vorstellung der Grundlagen in der Ratsversammlung wurde der erarbeitete Entwurfsstand des Handbuchs im Dezember 2021 an das Ministerium und die Denkmalschutzbehörden zur Abstimmung verschickt.

Das Handbuch wurde am 01.06.2022 von der Ratsversammlung beschlossen. Das Ministerium wurde zur abschließenden Anerkennung des Handbuchs angeschrieben.

Bericht über die Maßnahmen der Durchführung der städtebaulichen Gesamtmaßnahme:

Grunderwerbe Kautzstraße Nr. 3, 5 und 7 (B 2.1.1)

Die Erbbaurechtsbelastung der drei Grundstücke wurde durch einen Zwischenerwerb des Erbbauberechtigen aufgehoben. Die Stadt hat die beiden Grundstücke Kautzstraße 3 und 5 Ende 2020 und das Grundstück Kautzstraße 7 im Sommer 2021 erworben. Mitte des Jahres erfolgte die Übergabe der drei Gebäude an die Stadt. Die GOS bewirtschaftet seitdem die Gebäude.

Grunderwerb Koogstraße 65 / städtebauliche Neuordnung Rathaus (B.2.1.1)

Damit die Sanierungen am historischen Rathaus durchgeführt werden können, müssen die dort untergebrachten Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen während der Arbeiten in anderen, geeigneten Räumlichkeiten untergebracht werden. Der nicht unter Denkmalschutz stehende und nicht barrierefreie Anbau an das Rathaus aus dem Jahr 1968 soll abgerissen werden. Für den Anbau soll ein Neubau errichtet werden. Bisher ist die Sanierung an den fehlenden Ersatzräumlichkeiten gescheitert.

Ende des Jahres 2021 ergab sich die Möglichkeit, das Nachbargebäude Koogstraße 65 zu erwerben. Durch diesen Anfang 2022 durchgeführten Erwerb wird die avisierte rechtliche und tatsächliche Neuordnung der Grundstücke Koogstraße 61 und 65 möglich. Im Zuge der Neuordnung der Grundstücke soll das Grundstück Koogstraße 65 freigelegt werden. Im Anschluss ist der Bau eines neuen, mehrgeschossigen Verwaltungsgebäudes an der Ecke Koogstraße/Posadowskystraße geplant.

Im nächsten Schritt kann dann die gesamte Belegschaft des Rathauses (Rathaus und Anbau) im Neubau untergebracht werden. Im Anschluss kann der Anbau abgerissen und das historische Rathaus denkmalgerecht saniert werden.

Dieses Vorgehen und die stufenweise Realisierung der beschriebenen Maßnahmen wurden im Dezember mit dem Ministerium abgestimmt. Dem Erwerb des Grundstücks Koogstraße 65 wurde unter dem Vorbehalt der Fortschreibung des IEK für die Grundstücke zugestimmt.

Neugestaltung der Scholerstraße (B.2.1.6)

Auf Basis der Festlegungen des Gestaltungshandbuchs für den öffentlichen Raum soll die Scholerstraße im Abschnitt zwischen Kautzstraße und Delbrückstraße erneuert werden. Das städtebauliche Ziel der Sanierung ist es, Substanzschwächen zu beheben und Barrierefreiheit zu gewährleisten.

Ursprünglich war vorgesehen, die Sanierung der Straße gemeinsam mit Sanierung der Regenwasserleitungen durch die Abwasserentsorgung Brunsbüttel GmbH (ABG) zu planen und durchzuführen. Im Rahmen der Abstimmung mit den weiteren Trägern zu dem Straßenabschnitt entschied sich die ABG dazu die Maßnahme vorzuziehen.

Die Ausschreibung der Planungsleistung für die Scholerstraße erfolgte im 4. Quartal 2021. Im Dezember wurde das Ingenieurbüro Bornholdt ausgewählt. Das Büro hat inzwischen einen Vorentwurf entwickelt.

Scholerstraße 3-5 (B 2.2.1)

Es wird weiterhin geprüft, ob der wünschenswerte Erhalt der Gebäude auch unter Einsatz von Städtebauförderungsmitteln wirtschaftlich dargestellt werden kann. Dazu sind Abstimmungen mit dem WuD erforderlich.

Modernisierung Kautzstraße Nr. 3/5/7 (B 2.2.2)

Die Ausschreibung der Planungsleistungen für die Sanierung wird vorbereitet und soll im 3. Quartal 2022 erfolgen. Zuvor waren Abstimmungen mit der Denkmalschutzbehörde und der Abschluss des Gestaltungshandbuchs erforderlich. Im ersten Schritt soll die Modernisierung des Gebäudes Kautzstraße 7 erfolgen. Dies ermöglicht die Umsetzung der Mieter der Kautzstraße 3 und 5 in das modernisierte Nachbargebäude, um mit den dortigen Modernisierungen beginnen zu können.

Verfügungsfonds (B.2.3.4)

Für das Sanierungsgebiet "Beamtenviertel" im Bund-Länder-Programm Sozialer Zusammenhalt soll ein Verfügungsfonds eingerichtet werden. Die Grundsätze für den Verfügungsfonds wurden Mitte 2021 erarbeitet. Das Ministerium hat diesem im August 2021 zugestimmt. Der Beschluss der Ratsversammlung Brunsbüttel erfolgte Ende November 2021. Im 3. Quartal 2022 soll ein Gremium gebildet werden, das über die Vergabe der Verfügungsfondsmittel entscheidet. Dann stehen jährlich 30.000 Euro aus der Städtebauförderung für Projekte im Sanierungsgebiet zur Verfügung.

Bericht über die öffentliche Darstellung der Städtebauförderung bezogen auf die städtebauliche Gesamtmaßnahme (A 5.12 StBauFR SH 2015):

Auf die Städtebauförderung wurde in Presseberichten und auf der Homepage der Stadt www.brunsbuettel.de hingewiesen.

Unter http://sanierungsgebiet, seine Vorhaben und Ansprechpartner vor. Auf der Website sind notwendige Antragsunterlagen oder auch zukünftig Informationen zum Verfügungsfonds enthalten.

Die Zusammenarbeit mit dem Sanierungsmanagement (nach KfW Nr. 432) wurde 2021 fortgesetzt. Im Berichtsjahr wurden zwei Quartiersbriefe (März und Oktober) erstellt und an die Haushalte verteilt, um über aktuelle Sachstände und Vorhaben zu berichten und auf besondere Veranstaltungen hinzuweisen.

Im Rahmen des Tags der Städtebauförderung am 8. Mai 2021 wurden zwei Online-Stadtrundgänge durchgeführt, Rathaus durch die vom das historische Beamtenviertel führten. Voraufgezeichnete Videosequenzen zu den einzelnen Stationen wechselten sich ab mit Erläuterungen zu historischen Aufnahmen und Plänen sowie zu den Entwicklungsperspektiven der unterschiedlichen Orte. Die Rundgänge wurden aufgezeichnet und stehen allen Interessierten auf der Homepage zur Verfügung. Die Corona-Beschränkungen hatten es erforderlich gemacht, den Stadtrundgang neu zu planen. Um das Angebot nicht ausfallen lassen zu müssen, wurde die Veranstaltung von der Straße auf ein digitales Onlineformat gehoben.

Zudem wurden vier Aufsteller produziert und vor den kommenden Bauvorhaben aufgestellt – Marktplatz, Scholerstraße, Delbrückstraße (drei Schilder für drei Erschließungsmaßnahmen) und Kautzstraße. 3, 5, 7 (ein Schild für die drei Modernisierungs- und Instandsetzungsvorhaben). Diese entsprechen im Design den Kunst- und Kulturpfaden.

Bericht über den Stand der Abrechnung der städtebaulichen Gesamtmaßnahme:

Die Zwischenabrechnung 2021 wurde der Investitionsbank SH mit Schreiben vom 23.05.2021 zur Prüfung vorgelegt. Mit Bescheid vom 09.06.2021 wurden die getätigten Einnahmen und Ausgaben von der Investitionsbank SH anerkannt.

Für 2022 wurde kein neuer Förderantrag gestellt.

4.1.3 Brunsbüttel-Ort im Städtebauförderungsprogramm Städtebaulicher Denkmalschutz

Bericht über die Maßnahmen der Vorbereitung und über die räumliche Abgrenzung der städtebaulichen Gesamtmaßnahme:

Am 26.05.2021 hat die Ratsversammlung der Stadt Brunsbüttel die Vorbereitenden Untersuchungen und das Integrierte Entwicklungskonzept beschlossen. Es wurde ein Sanierungsgebiet nach § 142 Abs. 3 BauGB beschlossen. Nach der Bekanntmachung am 04.06.2021 und Genehmigung durch das MILIG wurde der Sanierungsvermerk beim Grundbuchamt beantragt und ist nun eingetragen.

Es wurde eine Ausschreibung über die Beratung bei der Auswahl eines Sanierungsträgers durchgeführt. Die Auswahl fiel auf die Kanzlei Weissleder und Ewer aus Kiel. Mit deren Unterstützung wurde ein europaweites Vergabeverfahren

mit Teilnahmewettbewerb für den Sanierungsträger ausgeschrieben. Aus dem Verfahren ging die GOS als Sanierungsträger hervor. Sie ist seit dem 01.03.2022 beauftragt.

Bericht über die Maßnahmen der Durchführung der städtebaulichen Gesamtmaßnahme:

Es wurden noch keine Maßnahmen durchgeführt.

Bericht über die öffentliche Darstellung der Städtebauförderung bezogen auf die städtebauliche Gesamtmaßnahme (A 5.12 StBauFR SH 2015):

Auf die Städtebauförderung wurde in Presseberichten, auf der Homepage www.brunsbuettel.de und der Sanierungswebsite http://sanierung-brunsbuettel.de. der Stadt und in den städtischen Gremien hingewiesen.

Bericht über den Stand der Abrechnung der städtebaulichen Gesamtmaßnahme:

Die Zwischenabrechnung 2020 wurde mit Bescheid vom 03.06.2021 von der IB genehmigt. Die Zwischenabrechnung 2021 wurde mit Schreiben vom 10.06.2022 bei der IB eingereicht.

Ein Antrag auf Förderung wurde am 23.02.2022 an das MILIG gegeben, der Förderbescheid steht noch aus. Mit dem Bescheid erfolgt auch die Neuzuordnung zu einem der neuen Förderprogramme der Städtebauförderung.

5. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse der Ratsversammlung und der Ausschüsse über das Programm Allris

5 1 Öffentliche Berichte

Be	Beschlüsse (Fachdienst: beliebig)									
		Beschlussgremium	Zeitpunkt	Betreff	Vorlage	Termin	Status			
V	Ö 5	Ausschuss für Bildung und Kultur	24.05.2022	Umzug der GS West in die Boje-Schule zum Schuljahr 2022/2023; hier: Schülerbeförderung/Busverbindung (Berichterstatt	VO/0109/22	01.07.2022	01.07.2022			

Es wird folgender Beschluss gefasst:

Der Ausschuss für Bildung und Kultur stimmt der vorgestellten Schülerbeförderungsplanung zur bzw. von der Boje-Schule zu. Die hierfür erforderlichen Maßnahmen sollen umgesetzt werden, sodass die Schülerbeförderung zum Schuljahr 2022/2023 realisiert werden kann. In Absprache mit der Schule und dem Offenen Ganztag ist ausreichend Personal für eine bedarfsgerechte Begleitung der Schüler*innen auf dem Weg zwischen der Boje-Schule und der Haltestelle in der Kautzstraße zur Verfügung zu stellen.

ung durch Frau Pusch (SVG Südwestholstein ÖPNV-Verwaltungsgemeinschaft))

Bericht:

Busverbindung:

- Umsetzung der Anpassungen in der Linienführung (2500+2586) wurden von der SVG zum neuen Schuljahr zugesagt.
- aktuell prüft die SVG, ob ein Gelenkbus eingesetzt werden kann, damit möglichst viele Schüler*innen aufgenommen werden können
- ebenfalls ist angestrebt, am Anfang einen kleinen Bus hinterherzuschicken, der bei Bedarf weitere Schüler*innen aufnehmen kann
- bei Stichproben konnte festgestellt werden, dass durchschnittlich 14 Sitzplätze an der Haltestelle Jakobus frei sind. Hinzu kommen 46 Stehplätze. Ab Haltestelle ZOB sind durchschnittlich 37 Sitzplätze frei.

Schulwegplanung:

- Die Schulwegplanung der Schule wurde am 16.06.2022 in der Schulkonferenz beschlossen. In dieser wird auch der Weg zwischen Boje-Schule und Haltestelle Kautzstraße mit aufgeführt. Bei Schulbeginn führt der Schulweg von der Haltestelle über die Ampel an der Kreuzung Koogstraße/Kautzstraße zur Bötticherstraße, die überquert wird, um den Schuleingang bei der Feuertreppe zu nutzen. Bei Schul- und Ganztagsende muss zunächst die Bötticherstraße überquert werden, um anschließend an den Verkehrsinseln Dreieck Wurtleutetweute/Kautzstraße die Straße zu überqueren. Das Personal wird angewiesen, diesen Schulweg auch zu nutzen.

Schulzeiten:

Um die Ankunfts- und Abfahrtszeiten bedienen zu können, wurden die Schulzeiten gemäß Beschluss der Schulkonferenz am 16.06.2022 entsprechend angepasst.

zu bedienende Buszeiten:

- in einem Gespräch zwischen Verwaltung, Ganztag und Schule wurde sich darauf verständigt, folgende Zeiten mit einer Begleitung auszustatten: Schulstart 8:00 Uhr (Busankunft 7:41 Uhr), Schulende 11:50 und 13:00 Uhr (Busabfahrt 12:01 und 13:16 Uhr), Ganztagsschluss 16:00 Uhr (Busabfahrt 16:16 Uhr).

Personal:

- generell wird die Begleitung zwischen Haltestelle Kautzstraße und Boje-Schule durch das Personal des Ganztages bzw. der Schulsozialarbeit sichergestellt. In Vertretung werden auch die Lehrkräfte einspringen.
- Morgens: Bestandspersonal Schulsozialarbeit/Ganztag + Bufdi
- Mittags/Nachmittags: Schaffung von zusätzlichen 25 Wochenstunden und Aufstockung eines bestehenden Vertrages um 6,5 Stunden (davon zusätzliche Stunden: 2,5); Begleitung durch Personal des Ganztages + Bufdi
- Für die zusätzlichen Stunden konnte bereits Personal akquiriert werden. Es liegen aktuell mündliche Zusagen vor. Die Maßnahmen müssen nun noch durch den PR und dann werden die Verträge ausgearbeitet. Eine Umsetzung zum neuen Schuljahr scheint somit sicher.

Haushaltsplanung 2023:

- Die zusätzlichen Zeitanteile werden im Stellenplan 2023 aufgenommen.
- Berücksichtigt wurden ebenfalls die doppelte Anzahl an Fahrschüler*innen. Die Kosten für die Schülerbeförderung in 2023 wurden entsprechend hochgesetzt.



Ratsversammlung

01.06.2022 Neubesetzung von Wahlstellen (Bürgervorsteher VO/0122/22 30.06.2022 Kunkowski)

30.06.2022

Es wird folgender Beschluss gefasst:

Da Herr Marec Timmermann zwischenzeitlich verzogen ist, kann er nicht mehr als bürgerliches Mitglied im Ausschuss für Bildung und Kultur mitwirken. Der so freigewordene Sitz ist daher neu zu besetzen. Herr Timmermann war zudem gewähltes Mitglied im Schulleiterwahlausschuss. Das Vorschlagsrecht liegt bei der CDU-Fraktion. Diese schlägt für beide Sitze Frau Annika Boeck vor.

Bericht:

Folgende Anpassungen wurden vorgenommen: ALLRIS, Aufwandsentschädigung, Email-Verteiler, Ausgabe und Einzug iPads



Ö 1 Ratsversammlung 01.06.2022 Prüfung des Jahresabschlusses zum 31.12.2021 (Stadtrat Hollmann)

VO/0080/22 30.06.2022

30.06.2022

Es wird folgender Beschluss gefasst:

- 1. Dem Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses vom Hauptausschuss wird zugestimmt.
- 2. Der Jahresabschluss, bestehend aus
- a. der Bilanz.
- b. der Ergebnisrechnung,
- c. der Finanzrechnung,

- d. den Teilrechnungen,
- e. dem Anhang mit Anlagen

sowie der Lagebericht werden in der beiliegenden Fassung beschlossen.

3. Der in der Bilanz i. H. v. 2.619.515,93 € festgestellte Jahresüberschuss ist gegen die Ergebnisrücklage zu buchen.

Umsetzung ist erfolgt

Ö 1 Ratsversammlung 01.06.2022

Kooperationsvereinbarung mit den Brunsbütteler VO/0045/22 29.06.2022 Schulen über die Sicherstellung der Schulferienbetreuung für Schülerinnen und Schüler, die in dem jeweiligen Schuljahr die Primarstufe verlassen (abgehende Schülerinnen und Schüler der vierten Klassen) (Ratsherr Wamser)

Es wird folgender Beschluss gefasst:

Dem Abschluss der vorliegenden Kooperationsvereinbarung zum 01.07.2022 wird zugestimmt. Vorausgesetzt ist die Auflösung der bestehenden Kooperationsvereinbarung zwischen den weiterführenden Schulen und der Bildung und Betreuung in Brunsbüttel gGmbH.

Bericht:

Die unterschriebene Kooperationsvereinbarung wurden den Schulen zur Kenntnis übersendet.

Ö 1 Ratsversammlung

Auflösung der Kooperationsvereinbarung zwischen der BBBgGmbH und den weiterführenden Schulen über die Sicherstellung der Schulferienbetreuung für Schülerinnen und Schüler, die in dem jeweiligen Schuljahr die Primarstufe verlassen (abgehende Schülerinnen und Schüler der vierten Klassen) vom 27.03.2018 (Ratsherr Wamser)

VO/0053/22 29.06.2022 29.06.2022

29.06.2022

29.06.2022

Es wird folgender Beschluss gefasst:

01.06.2022

01.06.2022

Der Auflösung der Kooperationsvereinbarung zwischen der BBB gGmbH und den weiterführenden Schulen über die Sicherstellung der Schulferienbetreuung für Schülerinnen und Schüler, die in dem jeweiligen Schuljahr die Primarstufe verlassen (abgehende Schülerinnen und Schüler der vierten Klassen) vom 27.03.2018 wird zugestimmt.

Bericht:

Die unterschriebene Auflösung der Kooperationsvereinbarung wurde den Schulen sowie der BBB gGmbH zur Kenntnis übersendet.

Neubesetzung von Wahlstellen (Bürgervorsteher VO/0107/22 29.06.2022

Kunkowski)
Es wird folgender Beschluss gefasst:

Ratsversammlung

Ratsversammlung

19

Aufgrund des Ablebens von Ratsherr Wutkowski ist sein Sitz in der Ratsversammlung neu zu besetzen. Als nächster Listenbewerber der SPD-Fraktion rückt Herr Bruno Kohlmorgen nach. Da dieser jedoch nicht anwesend ist, wird seine Verpflichtung zu Beginn der nächsten Sitzung der Ratsversammlung nachgeholt.

Neubesetzungen mit Vorschlagsrecht der SPD-Fraktion

Weiterhin sind durch das Ausscheiden von Herrn Wutkowski weitere Nachbesetzungen vorzunehmen. Das Vorschlagsrecht liegt bei der SPD-Fraktion.

Die Vorschläge werden von Frau Dr. Schmidt-Wessel verlesen:

1. Mitglied im Hauptausschuss: Ratsfrau Sabine Mewes

Kraft Amtes ist Frau Mewes als Mitglied des Hauptausschusses auch Mitglied im Wahlprüfungsausschuss.

2. Vorsitz im Bauausschuss: Stadträtin Dr. Elke Schmidt-Wessel

Gemäß Beschluss der Ratsversammlung vom 24.11.2021 wird Frau Dr. Schmidt-Wessel als Bauausschussvorsitzende kraft Amtes in den Friedhofsbeirat benannt. Weiterhin ist sie als Bauausschussvorsitzende kraft Amtes Mitglied im Beirat Brunsbüttelhafen sowie Mitglied im Umsetzungsbeirat ISEK.

3. Mitglied im Bauausschuss: Stadträtin Dr. Elke Schmidt-Wessel

Frau Dr. Schmidt-Wessel ist kraft Amtes auch Mitglied im Sanierungsmanagement "Energetische Stadtsanierung".

Die Reihenfolge der stellvertretenden Mitglieder im Bauausschuss lautet nunmehr:

- 1. Süfke. Karin
- 2. Mewes, Sabine
- 3. Sewtz, Evelin
- 4. Wutkowski, Anke
- 5. Kohlmorgen, Bruno
- 4. Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Bildung und Kultur:
 - 1. Süfke. Karin
 - 2. Sewtz, Evelin
 - 3. Dr. Schmidt-Wessel, Elke
 - 4. Karstens-Süfke, Michael
 - 5. Kohlmorgen, Bruno
- 5. Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für gesellschaftliche Angelegenheiten:
 - 1. Mewes, Sabine
 - 2. Karstens-Süfke, Michael
 - 3. Dr. Schmidt-Wessel, Elke
 - 4. Wutkowski, Anke
 - 5. Kohlmorgen, Bruno

6. Mitglied im Ortsbeirat Süd: Bürgerliches Mitglied Dirk Mohr

Weitere Neubesetzungen

- 1. Bestellung einer Stellvertretung für die Verbandsversammlung des Zweckverbandes Wasserwerk Wacken
- 2. Bestellung einer Stellvertretung für den Hauptausschuss des Wegeunterhaltungsverbandes
- 3. Bestellung einer Stellvertretung für den Finanzausschuss für das Elbeforum Brunsbüttel
- 4. Bestellung eines Sachpreisrichters/ einer Sachpreisrichterin für den Realisierungswettbewerb des Neubaus der Grundschule-West

Jedes Ratsmitglied ist berechtigt, Vorschläge zu unterbreiten.

Die SPD-Fraktion macht folgende Vorschläge:

Zu 1.: Herr Dirk Mohr Zu 2.: Herr Dirk Mohr Zu 3.: Frau Sabine Mewes

Zu 4.: weiterhin Frau Sabine Mewes, nachrückend Herr Tarkan Savasogan

Von den anderen Rathaus-Fraktionen erfolgen keine Vorschläge.

Herr Kohlmorgen wird als Mitglied im Ortsbeirat Mühlenstraße/Westerbelmhusen bestätigt.

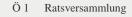
Neues Mitglied im Ortsbeirat Westerbüttel/Osterbelmhusen wird Herr Dieter Kleinschmidt.

Frau Dr. Schmidt-Wessel teilt zudem mit, dass Frau Mewes die zweite stellvertretende Vorsitzende der SPD-Fraktion wird.

Frau Evelin Sewtz wird Ansprechpartnerin für den Seniorenbeirat.

Bericht:

Anpassungen u.a. in folgenden Bereichen sind erfolgt: ALLRIS, Aufwandsentschädigung, Email-Verteiler, Ratspostfächer.



01.06.2022 Gestaltungshandbuch für das Sanierungsgebiet

"Beamtenviertel und angrenzende Straßen"
Abschließender Beschluss der Maßnahme

VO/0108/22 23.06.2022

30.06.2022

Es wird folgender Beschluss gefasst:

Das Gestaltungshandbuch wird gem. § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB als sonstige städtebauliche Planung beschlossen. Das Gestaltungshandbuch ist im Gebiet der Sanierungssatzung "Beamtenviertel und angrenzende Straßen" bei allen Vorhaben und Maßnahmen an Gebäuden und Grundstücken anzuwenden. Der Beschluss und die Stelle wo das Handbuch eingesehen werden kann, ist öffentlich bekanntzumachen.

Die Bekanntmachung erfolgt kurzfristig.

Ö 1 Ratsversammlung

01.06.2022

Bebauungsplan Nr. 33 "Brunsbüttel-Ort" 2. Änderung im beschleunigten Verfahren für den

Bereich zwischen der Deichstraße 2 bis 6 und dem

VO/0078/22 23.06.2022

24.06.2022

Bellmer Fleth Satzungsbeschluss

Es wird folgender Beschluss gefasst:

Die während der öffentlichen Auslegung des ergänzten Entwurfs der 2. Änderung des B-Plans Nr. 33 "Brunsbüttel-Ort" abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange hat die Ratsversammlung mit folgendem Ergebnis geprüft:

- a) berücksichtigt werden die Stellungnahmen von: keine
- b) teilweise berücksichtigt werden die Stellungnahmen von: keine
- c) nicht berücksichtigt werden die Stellungnahmen von: Bürger A
- d) Die Stellungnahmen vom Archäologischen Landesamt und vom Kampfmittelräumdienst sind bereits berücksichtigt. Alle anderen Stellungnahmen hatten weder Hinweise noch Anregungen oder Bedenken zum Inhalt.

Das Stadtbauamt wird beauftragt, diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

- .. Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches sowie nach § 84 der Landesbauordnung beschließt die Ratsversammlung die 2. Änderung des B-Plans Nr. 33 "Brunsbüttel-Ort" bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), rückwirkend als Satzung.
 - 2. Die Begründung wird gebilligt.
 - 3. Der Beschluss der B-Planänderung durch die Ratsversammlung ist rückwirkend zum 09.03.2021 gemäß § 214 Abs.4 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist anzugeben, wo der Plan mit Begründung während der Öffnungszeiten für den Publikumsverkehr eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann. Zusätzlich ist in der Bekanntmachung anzugeben, dass der rechtskräftige Bebauungsplan und die Begründung ins Internet unter der Adresse "https://www.brunsbuettel.de/Bauen_Wirtschaft/Bauen/Bauleitpläne/ Bebauungspläne/" eingestellt und über den Digitalen Atlas Nord des Landes Schleswig-Holstein zugänglich sind.

Der Beschluss wurde rückwirkend erneut bekanntgemacht.

Ö 1 Ratsversammlung

01.06.2022 1. Nachtrag zum Stellenplan 2022 hier: Änderung VO/0057/22 23.06.2022 der Kommunalbesoldungsverordnung und der

Stellenobergrenzenverordnung für Kommunalbeamtinnen und

Kommunalbeamte (Stadtrat Hollmann)

Es wird folgender Beschluss gefasst:

Der 1. Nachtrag zum Stellenplan 2022 wird beschlossen.

Bericht:

Die Genehmigung des 1. Nachtrag zum Stellenplan 2022 wurde von der Kommunalaufsicht mit Schreiben vom 14.06.2022 erteilt.

Bauausschuss

21.06.2022

Gemeinde Lohe-Rickelshof: 12. Änderung des Flächennutzungsplans und Aufstellung des vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 19

"Batteriefabrik" Frühzeitige Beteiligung

VO/0137/22 22.06.2022

VO/0136/22 22.06.2022

28.06.2022

28.06.2022

23.06.2022

Die Stadt Brunsbüttel hat keine Bedenken vorzubringen.

Der Beschluss wurde am 27.06.2022 mitgeteilt.

Ö 7 Bauausschuss

21.06.2022 Gemeinde Norderwöhrden: Aufstellung des

vorhabenbezogenen Bebauungsplans Nr. 1 "Batteriefabrik" Frühzeitige Beteiligung

Die Stadt Brunsbüttel hat keine Bedenken vorzubringen.

Der Beschluss wurde am 27.06.2022 mitgeteilt.

Satzungsbeschluss

- 1.1. Die während der frühzeitigen Beteiligung des Entwurfs des Bebauungsplans Nr. 46A "Erweiterung Gewerbegebiet Fritz-Staiger-Straße/Borsweg" abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden mit folgendem Ergebnis geprüft:
- a) Berücksichtigt werden die Stellungnahmen von:
- Raffinerie Heide GmbH
- b) Teilweise berücksichtigt werden die Stellungnahmen von:
- Deich- und Hauptsielverband Dithmarschen
- Deutsche Telekom Technik GmbH, Planungsanzeigen
- Kreis Dithmarschen, Untere Naturschutzbehörde
- Landesamt für Bergbau, Energie u. Geologie
- Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein
- c) Nicht berücksichtigt werden die Stellungnahmen von:
- Abwasserentsorgung Brunsbüttel GmbH
- Archäologisches Landesamt Schleswig-Holstein
- Bündelungsstelle Maritime ASt. Rendsburg
- Dataport
- Deutsche Telekom Technik GmbH, Richtfunk-Trassenauskunft
- **Ericsson Services GmbH**
- HanseWerk Natur GmbH
- Kreis Dithmarschen, Regionalentwicklung
- Landeskriminalamt, Kampfmittelräumdienst
- Schleswig-Holstein Netz AG
- Telefonica Germany GmbH & Co. OHG
- Vodafone Kabel Deutschland GmbH
- 50Hertz Transmissions GmbH
- d) Folgende Behörden und Träger öffentlicher Belange haben keine Anregungen oder Bedenken bzw. Hinweise geäußert:
- Abfallwirtschaft Dithmarschen GmbH
- Gebäudemanagement Schleswig-Holstein AöR
- Handwerkskammer Flensburg
- Industrie- und Handelskammer zu Flensburg
- Kreis Dithmarschen, Fachdienst Straßenverkehr
- Kreis Dithmarschen, Untere Wasser-Boden-Abfallbehörde
- Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Technischer Umweltschutz
- Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Landwirtschaft, Bodenordnung, Dorfentwicklung/Tourismus
- Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein
- Wasserverband Süderdithmarschen
- Amt Marne-Nordsee
- 1.2. Die während der öffentlichen Auslegung des Entwurfs des Bebauungsplans Nr. 46A "Erweiterung Gewerbegebiet Fritz-Staiger-Straße/Borsweg" abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der

Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden mit folgendem Ergebnis geprüft:

a) Berücksichtigt werden die Stellungnahmen von:

-

b) Teilweise berücksichtigt werden die Stellungnahmen von:

_

- c) Nicht berücksichtigt werden die Stellungnahmen von:
- Abwasserentsorgung Brunsbüttel GmbH
- Deich- und Hauptsielverband Dithmarschen
- Deutsche Telekom Technik GmbH, Planungsanzeigen
- Kreis Dithmarschen, Untere Naturschutzbehörde
- Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie
- Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr des Landes Schleswig-Holstein
- d) Folgende Behörden und Träger öffentlicher Belange haben keine Anregungen oder Bedenken bzw. Hinweise geäußert:
- Archäologisches Landesamt Schleswig-Holstein
- Industrie- und Handelskammer zu Flensburg
- Kreis Dithmarschen, Regionalentwicklung
- Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Technischer Umweltschutz
- Wasserverband Süderdithmarschen
- Amt Marne-Nordsee
- Raffinerie Heide GmbH

Das Bauamt wird beauftragt, die eine Stellungnahme in einer der Beteiligungen abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen. Diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, aber weder Anregungen noch Bedenken hatten, werden in der Abwägung nicht berücksichtigt, aber von dem Satzungsbeschluss in Kenntnis gesetzt.

2. Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches wird der Bebauungsplan Nr. 46A "Erweiterung Gewerbegebiet Fritz-Staiger-Straße/Borsweg", der wie folgt umgrenzt wird:

Im Norden: durch den Vorfluter 0202 und durch eine nördlich des Borswegs im Abstand von ca. 47 m verlaufende Linie,

im Osten: durch eine östlich der Fritz-Staiger-Straße im Abstand von ca. 110 m verlaufende Linie sowie durch das Grundstück Borsweg 1,

im Süden: durch die südliche Grenze des Borswegs und

im Westen: durch eine westlich der Grenze des Grundstücks Borsweg 1 im Abstand von ca. 40 m verlaufende Linie und durch die verlängerte westliche Grenze des Grundstücks Borsweg 1

bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), als Satzung beschlossen.

- 3. Die Begründung mit Umweltbericht und ihrer Anlage wird gebilligt.
- 4. Der Beschluss des Bebauungsplans durch die Ratsversammlung ist nach § 10 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist anzugeben, wo der Plan mit Begründung und zusammenfassender

Erklärung während der Öffnungszeiten für den Publikumsverkehr eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann. Zusätzlich ist in der Bekanntmachung anzugeben, dass der rechtskräftige Bebauungsplan, die Begründung und die zusammenfassende Erklärung ins Internet unter der Adresse "https://www.brunsbuettel.de/Bauen_Wirtschaft/Bauen/Bauleitpläne/ Bebauungspläne/" eingestellt und über den Digitalen Atlas Nord des Landes Schleswig-Holstein zugänglich sind.

Abschließende Beratung erfolgt in der Ratsversammlung am 29.06.2022.

Ö 5 Bauausschuss

21.06.2022

Bebauungsplan Nr. 88 "Brunsbüttel-Ort -Ochsenmarkt 11 bis 15" im beschleunigten Verfahren - Aufstellungsbeschluss

VO/0118/22 22.06.2022

28.06.2022

1. Das Verfahren für die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 88 "Brunsbüttel-Ort - Ochsenmarkt 11 bis 15" im beschleunigten Verfahren (§ 13b BauGB), der wie folgt umgrenzt wird:

im Nordosten: durch die Straße Ochsenmarkt und das Grundstück Ochsenmarkt 9,

im Südosten und Südwesten: durch die bestehenden Grenzen der landwirtschaftlichen Fläche Am Fleth zu den Grundstücken Ochsenmarkt 11 und 11a sowie durch das Grundstück Bürgerkrug und

im Nordwesten: durch den Weg zum Grundstück Bürgerkrug

wird gem. § 2 Baugesetzbuch (BauGB) eingeleitet.

- 2. Der Aufstellungsbeschluss ist ortsüblich bekannt zu machen (§ 2 Abs. 1 Satz 2 BauGB). In der Bekanntmachung ist darauf hinzuweisen, dass von einer Umweltprüfung abgesehen wird.
- 3. Es wird von einer frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 1 BauGB sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 1 abgesehen, weil es sich um das beschleunigte Verfahren gemäß § 13b BauGB i.V.m. §§ 13 und 13 a BauGB handelt.

Der Aufstellungsbeschluss wurde am 28.06.2022 bekanntgemacht.

Bauausschuss

17.05.2022 Mehrgenerationenpark (wird nachgereicht)

VO/0105/22 23.05.2022

07.06.2022

Es wird beschlossen, die Parkanlagen Bürgerpark Nord, Stadtpark, Sprantepark und Bürgerpark Süd schrittweise durch Einzelmaßnahmen attraktiver zu gestalten. Im ersten Zug erfolgt die Ergänzung der vorhandenen Ausstattung durch weitere Fitness- und Spielgeräte. Bei der Umgestaltung der Parkanlagen wird zunächst der Fokus auf die Spranteparkanlage gelegt. Parallel erfolgt die Weiterbearbeitung des Projektes "Skatepark", damit hier die Umsetzung in 2023 erfolgen kann.

Das Ergebnis der Jugendbefragung wird berücksichtigt werden.

Der Beschluss wird so weiterverfolgt.

Bauausschuss

17.05.2022 Bebauungsplan Nr. 60 "Gemengelage Brunsbüttel- VO/0090/22 23.05.2022 Süd" und 41. Änderung des Flächennutzungsplans

28.06.2022

Abwägung der Stellungnahmen aus der

Frühzeitigen Beteiligung

Den Vorschlägen zur Abwägung wird zugestimmt. Die Bauleitpläne sind fortzuführen und zur

Die Bauleitplanung wird entsprechend weiterbearbeitet.

Banansschuss

Auslegungsreife zu bringen.

17.05.2022 Gemeinde Eddelak: 6. Änderung des Flächennutzungsplans und Aufstellung des VO/0089/22 23.05.2022

07.06.2022

Bebauungsplans Nr. 10 "Kindergarten" Frühzeitige Beteiligung

Durch die Aufstellung des Bebauungsplans Nr.10 "Kindergarten" und die 6. Änderung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Eddelak im Parallelverfahren werden die Belange der Stadt Brunsbüttel nicht berührt. Daher hat die Stadt Brunsbüttel keine Anregungen, Bedenken oder Hinweise zu diesem Bebauungsplan vorzubringen.

Die Gemeinde Eddelak wurde am 18.05.2022 informiert.

Ö 1 Bauausschuss

Ö 6 Bauausschuss

17.05.2022 Gestaltungshandbuch für das Sanierungsgebiet "Beamtenviertel und angrenzende Straßen"

30.06.2022

Abschließender Beschluss der Maßnahme (wird

nachgereicht)

Das Gestaltungshandbuch wird gem. § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB als sonstige städtebauliche Planung beschlossen. Das Gestaltungshandbuch ist im Gebiet der Sanierungssatzung "Beamtenviertel und angrenzende Straßen" bei allen Vorhaben und Maßnahmen an Gebäuden und Grundstücken anzuwenden. Der Beschluss und die Stelle wo das Handbuch eingesehen werden kann, ist öffentlich bekanntzumachen.

Die Bekanntmachung erfolgt kurzfristig.

17.05.2022

Bebauungsplan Nr. 33 "Brunsbüttel-Ort" 2.

VO/0078/22 23.05.2022

VO/0108/22 23.05.2022

21.06.2022

Änderung im beschleunigten Verfahren für den Bereich zwischen der Deichstraße 2 bis 6 und dem

Bellmer Fleth Satzungsbeschluss

Die während der öffentlichen Auslegung des ergänzten Entwurfs der 2. Änderung des B-Plans Nr. 33 "Brunsbüttel-Ort" abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange hat die Ratsversammlung mit folgendem Ergebnis geprüft:

- berücksichtigt werden die Stellungnahmen von: keine
- b) teilweise berücksichtigt werden die Stellungnahmen von: keine
- nicht berücksichtigt werden die Stellungnahmen von: Bürger A
- d) Die Stellungnahmen vom Archäologischen Landesamt und vom Kampfmittelräumdienst sind bereits berücksichtigt. Alle anderen Stellungnahmen hatten weder Hinweise noch Anregungen oder Bedenken zum Inhalt.

Das Stadtbauamt wird beauftragt, diejenigen, die eine Stellungnahme abgegeben haben, von diesem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.

- .. Aufgrund des § 10 des Baugesetzbuches sowie nach § 84 der Landesbauordnung beschließt die Ratsversammlung die 2. Änderung des B-Plans Nr. 33 "Brunsbüttel-Ort" bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), rückwirkend als Satzung.
 - 2. Die Begründung wird gebilligt.
 - 3. Der Beschluss der B-Planänderung durch die Ratsversammlung ist rückwirkend zum 09.03.2021 gemäß § 214 Abs.4 BauGB ortsüblich bekannt zu machen. In der Bekanntmachung ist anzugeben, wo der Plan mit Begründung während der Öffnungszeiten für den Publikumsverkehr eingesehen und über den Inhalt Auskunft verlangt werden kann. Zusätzlich ist in der Bekanntmachung anzugeben, dass der rechtskräftige Bebauungsplan und die Begründung ins Internet unter der Adresse "https://www.brunsbuettel.de/Bauen_Wirtschaft/Bauen/Bauleitpläne/ Bebauungspläne/" eingestellt und über den Digitalen Atlas Nord des Landes Schleswig-Holstein zugänglich sind.

Die Satzung wurde am 20.06.2022 bekanntgemacht. Der Bebauungsplan ist damit rückwirkend zum 09.03.2021 in Kraft gesetzt worden.



Ö 5 Bauausschuss

17.05.2022 Bebauungsplan Nr. 28C "Wohnbebauung

VO/0077/22 23.05.2022

07.06.2022

Altenhafen für den Bereich am Landesschutzdeich sowie Altenhafen Nr. 1, 3, 5 und 9" im beschleunigten Verfahren Frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB)

Den vorgelegten Vorentwürfen der Planzeichnung und der Begründung sowie der 14. Änderung des Flächennutzungsplans wird mit dem Zusatz, dass sich die Schafweide als Ausgleichsfläche darstellt wird zugestimmt. Die Unterlagen werden gemäß § 3 Abs.1 BauGB der Öffentlichkeit online und als Aushang einen Monat für die Einsichtnahme zur Verfügung gestellt.

Die Planzeichnung wird entsprechend geändert.

Ö 6 Bauausschuss

19.04.2022 Sanierungsmanagement im Energiequartier

VO/0063/22 20.04.2022

20.04.2022

Brunsbüttel Schlussbericht 2019-2021

Der Schlussbericht des Sanierungsmanagements für die Jahre 2019 – 2021 wird zur Kenntnis genommen.

Kenntnisnahme - keine Veranlassung.

Ö 9 Bauausschuss

19.04.2022 Ant

Antrag der SPD Fraktion auf Prüfung der Flächenverfügbarkeit für die Errichtung von "Tiny VO/0074/22 20.04.2022

20.04.2022

Houses"

Der Bauausschuss beschließt, dass die Verwaltung beauftragt wird zu prüfen, ob im Stadtgebiet geeignete städtische Flächen für die Errichtung von Tiny Houses bzw. einer Tiny House-Kleinsiedlung zur Verfügung stehen und ein entsprechendes Bauleitverfahren eingeleitet werden könnte.

Auftrag wird geprüft und in einer der nächsten Sitzungen vorgelegt.

Ö 8 Bauausschuss

19.04.2022

Bebauungsplan Nr. 46A "Erweiterung Gewerbegebiet Fritz-Staiger-Straße/Borsweg" -

VO/0079/22 20.04.2022

20.04.2022

Entwurfs- und Auslegungsbeschluss

1. Der Entwurf des Bebauungsplans Nr. 46A "Erweiterung Gewerbegebiet Fritz-Staiger-Straße/Borsweg", der wie folgt umgrenzt wird:

im Norden: durch den Vorfluter 0202 und durch eine nördlich des Borswegs im Abstand von ca. 47 m verlaufende Linie.

im Osten: durch eine östlich der Fritz-Staiger-Straße im Abstand von ca. 110 m verlaufende Linie sowie durch das Grundstück Borsweg 1,

im Süden: durch die südliche Grenze des Borswegs und

im Westen: durch eine westlich der Grenze des Grundstücks Borsweg 1 im Abstand von ca. 40 m verlaufende Linie und durch die verlängerte westliche Grenze des Grundstücks Borsweg 1

und die Begründung mit Umweltbericht und ihrer Anlage werden in den vorliegenden Fassungen gebilligt.

2. Der Entwurf des Bebauungsplans und die Begründung sind nach § 3 Abs. 2 BauGB für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen. Die beteiligten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange werden parallel beteiligt (§ 4 Abs. 2 BauGB) und über die Auslegung benachrichtigt. Zusätzlich sind der Inhalt der Bekanntmachung der öffentlichen Auslegung und die nach § 3 Abs. 2 S. 1 BauGB auszulegenden Unterlagen ins Internet einzustellen und über den Digitalen Atlas Nord des Landes Schleswig-Holstein zugänglich zu machen

Die Auslegung soll vom 3.5. bis zum 3.6.2022 erfolgen.

6. Personalbericht

6.1 Entwicklung Zahlen der Mitarbeiter*innen

	Stand 31.12.2019	Stand 30.06.2020	Stand 30.06.2021	Stand 30.06.2022
Gesamtzahl Mitarbeiter*innen	270	265	269	283
davon männlich	101	96	97	110
davon weiblich	169	169	172	173
davon Beschäftigte*	233	230	236	254
davon Beamte*	23	18	17	16
davon Anwärter*innen		6	1	0
davon Auszubildende*	13	11	15	13
davon in der Kernverwaltung (Rathaus, Verwaltungsgebäude)	90	91	99	97
davon in Außenstellen (Bauhof, Bücherei, Schulen, Kindertagesstätten, Tourist-Info, Hallenbad, Mehrgenerationenhaus, u.a.)	180	174	170	186
Zahl der Teilzeitarbeitsverhältnisse	136	138	135	137
Zahl der Mitarbeiter*innen in Elternzeit	6	5	7	7
Zahl der Mitarbeiter*innen mit Schwerbehinderung	14	13	16	18

6.2 Entwicklung der Personal- und Personalnebenkosten

Personalkosten

1 CI SOITAINOSCOIT						
	Stand 31.12.2017	Stand 31.12.2018	Stand 31.12.2019	Stand 30.06.2020	Stand 30.06.2021	Stand 30.06.2022
Aufwendungen	€10.109.522,39	€11.167.567,57	€ 12.519.455,20	5.426.617,22	6.439.532,67	7.022.158,15
Zuführung Rückst. LOB /UE/Urlaub	€0,00	€0,00	€0,00	€0,00	€0,00	€0,00
Aufwendungen	€10.109.522,39	€11.167.567,57	12.519.455,20	5.426.617,22	6.439.532,67	7.022.158,15
abzgl. Erträge	€2.088.102,46	€2.951.292,46	2.077.519,74	1.260.948,62	1.685.213,26	1.365.738,82
Nettopersonalkosten	€8.021.419,93	€8.216.275,11	10.441.935,46	4.165.668,60	4.754.319,41	5.656.419,33

6.3 Entwicklung der Kosten für die Leistungsorientierte Bezahlung (LOB)

	2019	2020	2021	2022
Zahlung LOB gem. §18 TVÖD	€101.225,36	€113.674,35	€ 133.978,77	€ 143.112,08
Arbeitgeberanteil an Sozial- und Zusatzversicherung	€24.359,77	€34.102,34	€34.539,73	€36.894,29
Gesamt	€125.585,13	€ 147.776,69	€ 168.518,50	€ 180.006,37

6.4 Daten Ausbildung und Praktika

Ausbildung

Zahl der Auszubildenden* und Anwärter*innen

	1. Ausbildungsjahr	2. Ausbildungsjahr	3. Ausbildungsjahr
Verwaltungsfachangestellte/r	2	3	2
Bauzeichner/in	0	1	0
IT-Systemkaufmann/frau	1	0	1
Kaufmann/-frau für Tourismus und Freizeit	0	0	1
Gartenwerker/in	0	1	1
Anwärter/in All. Verwaltung	0	0	0
Brandmeisteranwärter	0	0	0

Praktika

Zahl der Praktikanten*innen

	Stand 31.12.2019	Stand 31.12.2020	Stand 31.12.2021	Stand 30.06.2022
Zahl der Praktikanten*innen aus weiterführenden Schulen und anderen Bildungseinrichtungen	35	3	10	10

6.5 Arbeitssicherheit

Die arbeitsmedizinische Betreuung der städtischen Mitarbeiter erfolgt durch die BAD Gesundheitsvorsorge und Sicherheitstechnik GmbH sowie der Amtsärztin des Kreises Dithmarschen.

Zahl der Sitzungen

	Stand 31.12.2019	Stand 31.12.2020	Stand 31.12.2021	Stand 30.06.2022
Zahl der Sitzungen	2	2	3	2

6.6 Ausblick

Der aktuelle Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst hat eine Laufzeit bis zum 31.12.2022.

Für die Beschäftigten im SuE-Bereich wurde am 18.05.2022 eine Tarifeinigung erzielt. Inzwischen haben beide Tarifparteien dieser Einigung zu gestimmt. Es wird eine monatliche Zulage von 130 € für die Entgeltgruppen S2 bis S11a sowie 180 € für die Entgeltgruppen S11b bis S12 und S14, S15 gezahlt. Darüber hinaus erhalten alle Beschäftigten ab 2022 2 Regenerationstage. Aktuell laufen die Redaktionsverhandlungen hierzu.

Die Besoldung der Beamten wurden zum 01.06.2022 um 0,6 % und ab 01.12.2022 um 2,8 % aufgrund des Gesetzes zur Besoldungs- und Versorgungsanpassung in Schleswig-Holstein angepasst.

Weiterhin wurde die Zielsetzung verfolgt, neben dem Personalabrechnungsverfahren und dem Mitarbeiterportal über dPersonalmanagement noch weitere Module anzubinden. Die Einführung der Personalkostenhochrechnung über dPersonalmanagement ist realisiert worden.

Des Weiteren wird an der Umsetzung der Erstellung einer Dienstvereinbarung/Dienstanweisung über ein einheitliches Beurteilungswesen gearbeitet um mehr Transparenz für die Beamten und Beschäftigten zu erreichen. Die dienstliche Beurteilung soll die Möglichkeit bieten, Entscheidungen über den weiteren beruflichen Einsatz und das berufliche Fortkommen am Grundsatz der Bestenauslese auszurichten. Auf dieser Grundlage ist danach eine Dienstvereinbarung über den verkürzten Stufenaufstieg für Tariflich Beschäftigte geplant.

6.7 Entwicklung der Fehlzeiten, Überstunden, Zahl der Mitarbeiter/innen, Ein- und Austritte

	Jan 22	Feb 22	Mrz 22	Apr 22	Mai 22	Jun 22
Zahl der Mitarbeiter*innen	279	280	278	281	279	282
Überstunden	9.973,59	10.110,13	10.577,78	11.303,36	11.158,91	12.412,90
Fehlzeiten wg. Krankheit						
Mitarbeiter insgesamt	85	75	65	61	57	60
Tage insgesamt	397	1205	293	210	345	244
Tage pro Mitarbeiter	4,67	16,07	4,51	3,44	6,05	4,07
Eintritte	1	2	0	4	1	3
Austritte	1	1	2	1	3	0